

SPD Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN FDP im Rat	Drucksache Nr. A/16/1367-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt		
<u>Antragsvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*	
25.01.2016	Finanz- und Personalausschuss	V			
01.02.2016	Hauptausschuss	V			
11.02.2016	Umweltausschuss	V			
15.02.2016	Rat der Stadt	B			

Beratungsgegenstand

Antrag der Koalition gem. § 4 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oberhausen:

Keine Beteiligung der STEAG an ostdeutschen Braunkohle-Aktivitäten

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt Oberhausen lehnt eine Übernahme der ostdeutschen Braunkohle-Aktivitäten von Vattenfall, eine finanzielle Beteiligung daran oder die Übernahme der Betriebsführung durch die STEAG entschieden ab.
2. Die Vertreter der Stadt Oberhausen bzw. der EVO in den Gremien der KSBG sowie der STEAG werden aufgefordert, gegen eine entsprechende Beteiligung zu stimmen bzw. sich - sofern keine Beschlussfassung ansteht – entsprechend einzusetzen.

Vorsitzender SPD-Fraktion  W. Große Brömer 11.01.2016	Sprecherin Fraktion DIE GRÜNEN  R. Wittmann 11.01.2016	Vorsitzender FDP im Rat  H.-O. Runkler 11.01.2016
---	--	---

SPD Fraktion Fraktion DIE GRÜNEN FDP im Rat	Drucksache Nr. A/16/1367-01	Termin 15.02.2016	Rat der Stadt
--	---	-----------------------------------	----------------------

1 **Begründung**

2

3 Bei dem Erwerb der STEAG durch verschiedene Stadtwerke war eines der erklärten Ziele der
4 ökologische Umbau des Konzerns, soweit die Stromerzeugung in Deutschland betroffen ist. Die
5 auf der Klimakonferenz COP21 beschlossenen Maßnahmen bestätigen uns darin und verpflichten
6 uns.

7 Eine Übernahme von Braunkohle-Tagebauen und Braunkohle-Kraftwerken, eine finanzielle
8 Beteiligung daran oder die Übernahme der Betriebsführung sind mit diesem Ziel unvereinbar.

9

10 Mindestens ebenso wichtig ist jedoch der Umstand, dass gerade die konventionelle
11 Energieerzeugung, insbesondere die Kohleverstromung, mit erheblichen wirtschaftlichen und nach
12 heutigen Erkenntnissen auch gesundheitlichen Risiken verbunden ist. Diese Risiken lassen sich,
13 dies hat die jüngere Vergangenheit deutlich gezeigt, kaum verlässlich abschätzen.

14 Diese Risiken haben nicht zuletzt auch zur schlechten wirtschaftlichen Entwicklung bei den großen
15 Energiekonzernen geführt und damit auch zu erheblichen Dividendeneinbußen der Stadt
16 Oberhausen aus den RWE-Aktien. Wir wollen nicht, dass die STEAG zu einer "Bad Bank" für
17 klimaschädliche veraltete Technologien wird. Es ist nicht Aufgabe von Stadtwerken aus dem
18 Ruhrgebiet, die Abwicklung der ostdeutschen Braunkohle zu organisieren.

19

20 Stattdessen muss die STEAG konsequent auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien
21 ausgerichtet werden. Wir sollten aus der Krise von RWE und E.ON lernen, die nicht rechtzeitig die
22 Weichen in Richtung Energiewende gestellt haben.